



Geschäftsbericht 2002

Inhaltsverzeichnis

- Vorwort
- Allgemeines
- G.u.V. 2002
- Bilanz zum 31.12.2002
- Anhang zur Bilanz
- Lagebericht



Vorwort

Nach vier Jahren im Amt und einem weiteren Jahr schlechter Aktienmärkte blicken wir zwar mit gemischten Gefühlen zurück aber aufgrund der laufenden Ergebnisrechnungen sehr optimistisch in die Zukunft. Aufgaben aus der Vergangenheit wurden konsequent bearbeitet. So macht die Neustrukturierung der Verwaltung deutliche Fortschritte, jedoch werden sich die Ergebnisse erst voll im Jahre 2004 zeigen.

Die Klärung der Mitgliederakten ging im Jahr 2002 zügig voran und konnte 2003 abgeschlossen werden. Derzeit laufen noch die abschließenden Datenbereinigungen. Daher kann die Erstellung der Anwartschaftsmitteilungen wie auch das Mahnverfahren jetzt wieder automatisiert durchgeführt werden. Das Anwenderprogramm CURA bewährt sich durch die von uns vorgenommene Weiterentwicklung. Die neuen Programme der Buchhaltung und Kapitalverwaltung werden problemlos angewendet. Das Verwaltungsprogramm der Immobilienabteilung läuft mit größeren Schwierigkeiten als erwartet an, aber auch die Lösung dieser Probleme soll Anfang 2004 gefunden sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung war 2002 durch weitere konjunkturelle Verunsicherung gekennzeichnet. Dies hat sich sowohl in weiteren Kursverlusten der Aktienanlagen als auch im sinkenden Zinsniveau der festverzinslichen Anlagen gezeigt. Auf der Aktienseite waren weitere Abschreibungen unvermeidlich. Zur Vermeidung von „stillen Lasten“ wurde das Niederstwertprinzip uneingeschränkt angewandt. Damit wird der Vermögenswert weiter voll transparent dargestellt. Die bisherige Entwicklung des Jahres 2003 läßt ein Aufholen dieser Verluste wahrscheinlich werden.

Die zunehmende Raumnot von Kammer und Versorgungswerk machte den Umzug zum Jahreswechsel 2003/2004 erforderlich.

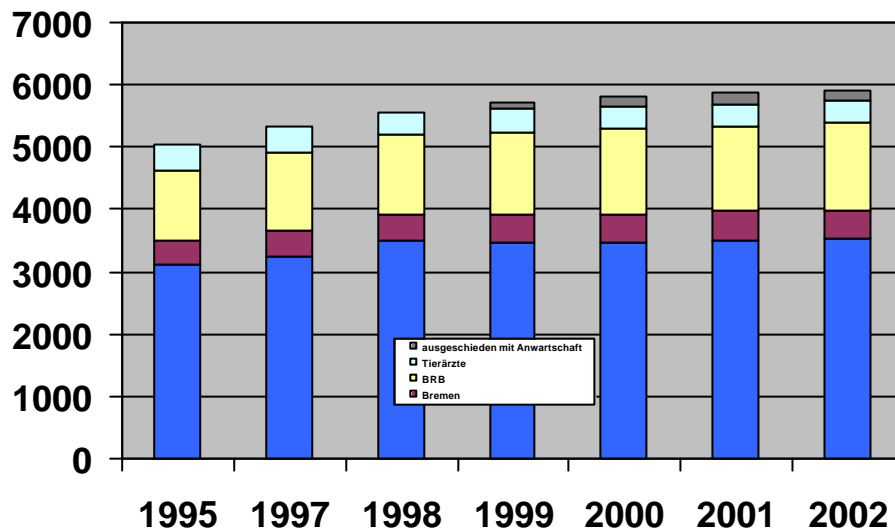
Albert Essink
Vorsitzender
Verwaltungsausschuß

Rolf Janowski
stellv. Vorsitzender
Verwaltungsausschuß

Mitgliederentwicklungen

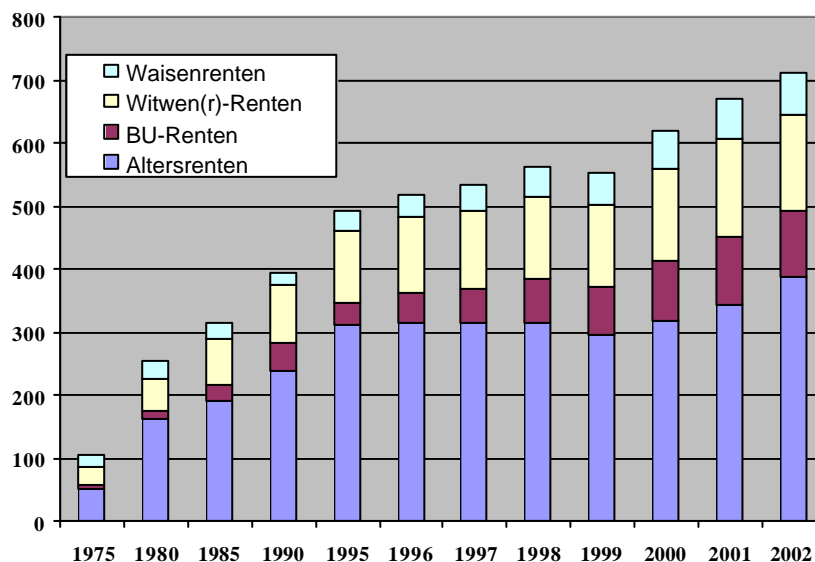
Aktive Mitglieder

Die Anzahl der aktiven Mitglieder entwickelt sich weiter verhalten positiv. Die weitere Zunahme des Mitgliederbestandes in Berlin und Brandenburg resultiert daraus, daß den älteren Kollegen im Ostteil Berlins und in Brandenburg, die bei der Wiedervereinigung nicht mehr in das Versorgungswerk eintraten, jetzt jüngere Kollegen in den Praxen nachfolgen.



Rentenempfänger

Die Zunahme der Rentenempfänger entspricht dem versicherungsmathematisch kalkulierten Ansatz. Bei den in den letzten Jahren zunehmenden Anträgen auf Berufsunfähigkeitsrente sind verstärkt neurologisch-psychiatrische Ursachen zu verzeichnen.

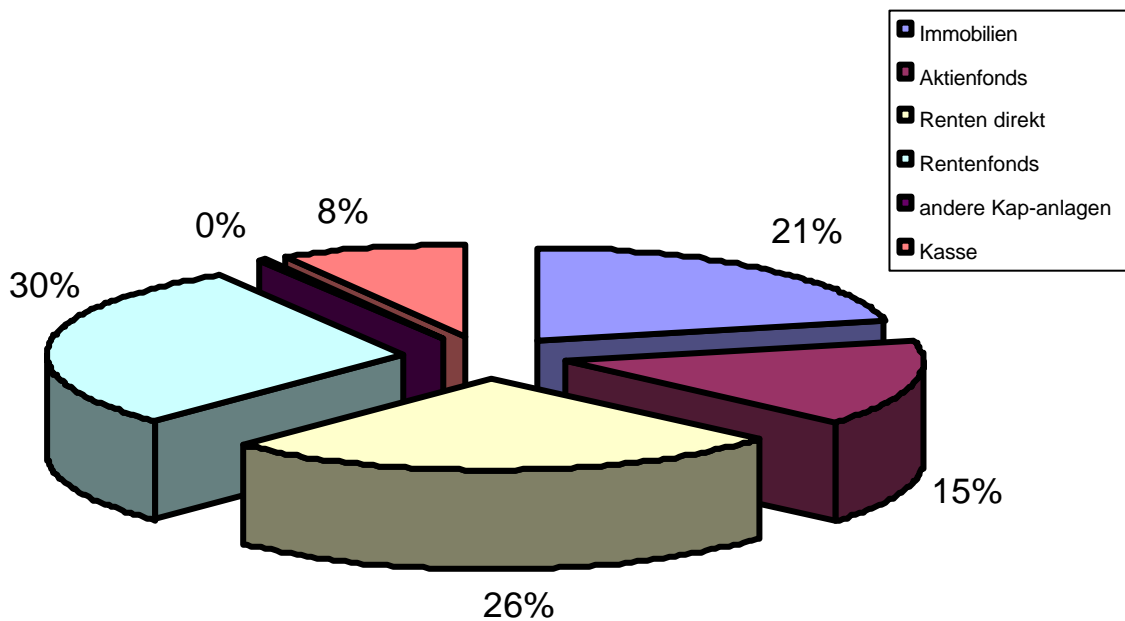


Vermögensanlagen

Neben festverzinslichen Wertpapieren im Direktbestand ist das Versorgungswerk wie bisher auch in Spezialfonds in den Segmenten Aktien und festverzinsliche Wertpapiere unter strikter Beachtung gesetzlicher Vorgaben investiert.

Im Berichtsjahr wurde lediglich eine Immobilie erworben. Weitere Investitionen in diesem Segment sind geplant, sofern die Marktlage und das Marktangebot dies zulassen.

Vermögensverteilung Dezember 2002



Immobilienwerbungen

In 2002 wurde das nachfolgend aufgeführte Objekt erworben:



Jänickestr. 53 in 14167 Berlin

Allgemeine Eckdaten

Aufstellung der wesentlichen Eckdaten des VZB jeweils zum Stichtag 31. Dezember der Jahre 2001 und 2002:

	2002	2001
Vermögensanlagen In TEUR	567.532 €	557.226 €
Davon:		
Wertpapiere	13.734 €	18.141 €
Namenspapiere	28.245 €	51.499 €
Schuldscheindarlehen	104.923 €	86.784 €
Investmentanteile	250.423 €	244.634 €
Immobilienbestand	121.697 €	114.243 €
Termingelder	48.058 €	41.925 €
Vermögensertrag	30.311 €	27.925 €
Effektivverzinsung der Kapitalanlagen	-3,25 %	-4,58 %
Verwaltungskostensatz	2,82 %	2,79%
Beiträge gesamt	36.421 €	35.352 €
In TEUR		
Davon:		
Pflichtbeiträge	33.827 €	32.753 €
Freiwillige Beiträge	2.205 €	2.099 €
Überleitungen	1.067 €	0.514 €

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2002 BIS 31. DEZEMBER 2002
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

	EUR	Vorjahr TEUR
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG		
1. Verdiente Beiträge/gebuchte Beiträge		
Erlöse aus Beiträgen	37.010.115,99	35.659
Zuführung Wertberichtigungen	-588.708,12	-307
Zuführung Rückstellung für zu erwartende Beitragsrückzahlungen	<u>0,00</u>	0
	36.421.407,87	35.352
2. Erträge aus der Rückstellung für Leistungsverbesserungen	0,00	2.041
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Grundstücken und Bauten	7.661.614,08	6.348
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	21.084.308,20	18.907
c) Erträge aus Zuschreibungen	11.485,43	24
d) Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>1.554.178,32</u>	2.646
	30.311.586,03	27.925
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge	<u>1.165,28</u>	10
	66.734.159,18	65.328
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle	9.516.797,64	8.605
6. Aufwendungen für Rückkäufe, Rückgewährungsbeiträge, Austrittsvergütungen und Überleitungen	1.563.406,19	835
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen	<u>-21.119.980,45</u>	97.841
	<u>-10.039.776,62</u>	107.281
	76.773.935,80	-41.953
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
a) Persönliche Aufwendungen	766.354,52	657
b) Sonstige Aufwendungen	<u>527.095,48</u>	460
	1.293.450,00	1.117
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen	4.087.690,04	2.816
b) Abschreibungen	43.640.357,93	50.216
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>883.928,52</u>	0
	48.611.976,49	53.032
10. Versicherungstechnisches Ergebnis	26.868.509,31	-96.102

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2002 BIS 31. DEZEMBER 2002
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

	EUR	Vorjahr TEUR
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG		
1. Sonstige Erträge	3.037,87	0
2. Sonstige Aufwendungen	<u>8.196,19</u>	<u>-5.158,32</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	26.863.350,99	-96.107
4. Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 S. 3 HGB	<u>0,00</u>	422
5. Außerordentliches Ergebnis	0,00	-422
6. Sonstige Steuern	<u>66,47</u>	0
7. Jahresüberschuss (Vj. Jahresfehlbetrag)	<u>26.863.284,52</u>	-96.529
8. Entnahme aus der Überschussrückstellung	0,00	96.529
9. Zuführung zur Überschussrückstellung	<u>-26.863.284,52</u>	<u>0</u>
10. Bilanzgewinn/-verlust	<u>0,00</u>	<u>0</u>

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2002
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

AKTIVA**PASSIVA**

	EUR	Vorjahr TEUR		EUR	Vorjahr TEUR
A. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE			A. ÜBERSCHUSSRÜCKSTELLUNG	26.863.284,52	0
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	377.704,00	284			
B. KAPITALANLAGEN			B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN		
I. Grundstücke und Bauten einschließlich Anlagen im Bau			I. Deckungsrückstellung lt. versicherungsmathematischer Berechnung zum 31. Dezember 2001	546.418.806,36	569.580
1. Grundstücke	25.453.833,20	25.081	II. Rückstellung für Leistungsverbesserung	2.040.932,99	0
2. Gebäude	87.971.495,20	84.461			
3. Außenanlagen	701.070,00	19			
4. Anlagen im Bau	7.571.150,20	4.682	C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN		
	121.697.548,60	114.243	I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	147.367,44	139
II. Sonstige Kapitalanlagen			II. Sonstige Rückstellungen	180.418,92	233
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	250.423.262,65	244.634		327.786,36	372
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.734.528,68	18.141	D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN		
3. Sonstige Ausleihungen			I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	757.176,77	1.624
a) Namensschuldverschreibungen	28.245.379,33	51.499	II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	999.253,00	1.021
b) Schuldscheinforderungen	104.923.556,81	86.784	III. Sonstige Verbindlichkeiten	4.344.125,79	5.066
4. Einlagen bei Kreditinstituten	48.058.426,04	41.926			
5. Andere Kapitalanlagen	450.000,00	0			
	445.835.153,51	442.984		6.100.555,56	7.711
	567.532.702,11	557.227			
C. FORDERUNGEN					
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder	1.843.535,62	1.685			
D. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE					
I. Sachanlagen					
Betriebs- und Geschäftsausstattung	141.366,26	203			
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand					
1. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten	4.405.284,92	5.605			
2. Schecks	300.000,00	0			
3. Kassenbestand	1.028,38	2			
	4.706.313,30	5.607			
III. Andere Vermögensgegenstände					
1. Zins- und Mietforderungen	1.191.378,75	2.509			
2. Sonstige	1.583.262,77	5.020			
	2.774.641,52	7.529			
	7.622.321,08	13.339			
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
1. Abgegrenzte Zinsen (noch nicht fällig)	4.374.723,46	5.125			
2. Sonstige	379,52	3			
	4.375.102,98	5.128			
	581.751.365,79	577.663		581.751.365,79	577.663

**ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2002
DES
VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN**

I. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

**Angabe der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und
Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und
Bewertungsmethoden**

Immaterielle Vermögensgegenstände sind mit den historischen Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen über eine Nutzungsdauer von 3 und 5 Jahren.

Die Kapitalanlagen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin sind Immobilien sowie Wertpapiere.

Die planmäßigen Abschreibungen für die Gebäude wurden zum 1. Januar 2000 neu bemessen. Grundlage dafür bildeten die in den Verkehrswertgutachten festgelegten Restnutzungsdauern von 30 bis 50 Jahren. Für die Altgebäude des „Borsighausareals“ wurden die Abschreibungen ab Anschaffungszeitpunkt (1998) nachgeholt. In Vorjahren vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen waren bei einer Immobilie in Höhe von TEUR 11 gutzuschreiben, da die Anschaffungskosten korrigiert wurden.

Abgänge wurden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die sonstigen Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 3 HGB bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip mit dem Kurswert zum 31. Dezember 2002 bewertet. Wegen gesunkener Kurswerte waren im Berichtsjahr Abschreibungen auf den niedrigeren Wert vorzunehmen. Vom Wahlrecht des § 341b HGB wurde nicht Gebrauch gemacht.

Die Bewertung der Schuldscheindarlehen erfolgt mit den Nennwerten. Für den den Nennwert übersteigenden Betrag der Anschaffungskosten wurde ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der über die Laufzeit der Schuldscheindarlehen aufgelöst wird.

Die Namensschuldverschreibungen wurden unverändert gegenüber den Vorjahren entsprechend dem Bewertungswahlrecht nach § 341c HGB mit dem Nennbetrag bilanziert.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wurde durch die Bildung einer Wertberichtigung Rechnung getragen. Der Forderungsbestand zum 31. Dezember 2002 konnte nur näherungsweise ermittelt und bilanziert werden, da die Beitragsjahre 1999 und 2000 nach erfolgter Systemumstellung der Mitgliederverwaltung aufgearbeitet und eventuell angepasst werden. Des Weiteren dauert die Fehlerbereinigung der Beitragskonten noch an.

Die sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wurde teilweise durch die Bildung einer Wertberichtigung Rechnung getragen.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zugang und Abgang dargestellt. Die Zugänge in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres werden mit dem vollen Jahresbetrag, Zugänge in der zweiten Geschäftsjahreshälfte mit dem halben Jahresbetrag abgeschrieben.

Die Abgänge werden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die übrigen Aktiva sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert.

Zum 31. Dezember 2001 wurde für den laut Satzung zulässigen 3-Jahreszeitraum ein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt. Gemäß dem Gutachten reicht die Überschussrückstellung zum 31. Dezember 2001 nicht zur vollständigen Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellung aus. Die Deckungsrückstellung wies eine Deckungslücke in Höhe von 154 Mio. EUR aus.

Die Delegiertenversammlung hat am 20. Juni 2002 die Änderung der Satzung mit Wirkung zum 1. Januar 2003 beschlossen, die eine Kürzung der Anwartschaften und Leistungen - unter Beachtung einer Übergangsregelung für vorzeitige Versorgungsfälle und einer Besitzstandsregelung für alle Renten und Anwartschaften, die am 1. Januar 2003 das 62. Lebensjahr vollendet haben - um 16 % vorsieht. Die Satzungsänderung wurde von der Aufsichtsbehörde am 18. Dezember 2002 genehmigt und trat am 1. Januar 2003 in Kraft. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Kürzung der Anwartschaften und Leistungen war der Fehlbetrag der versicherungstechnischen Bilanz zum 31. Dezember 2001 beseitigt.

Die Kürzung von Anwartschaften und Leistungen beinhaltete u.a. die Umstellung der Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung auf die „Richttafeln für berufsständische Versorgungswerke“ der Dr. Heubeck Richttafeln GmbH 1997 von den „Allgemeine Sterbetafeln für die BRD 1970/1972“.

Die anderen Rückstellungen sind in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt. Alle zum Abschlussstichtag entstandenen und bis zum Tag der Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken sind berücksichtigt.

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhaltet den Anspruch auf Altersvorsorge des ausgeschiedenen Geschäftsführers. Die Bildung erfolgte anhand einer vorläufigen Berechnung. Ein Pensionsgutachten hat nicht vorgelegen.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 24 der Satzung sowie entsprechend den Vorschriften des VAG (in der Fassung vom 17. Dezember 1992; mit letzter Änderung vom 22. Dezember 1999) und RechVersV gegliedert.

II. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Kapitalanlagen

a) Grundstücke und Bauten

Die planmäßigen Abschreibungen erfolgten über Nutzungsdauern zwischen 30 und 50 Jahren.

Das Versorgungswerk nutzt eigene Räumlichkeiten in der Stallstraße für seinen Geschäftsbetrieb. Der Buchwert des Grund und Bodens beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 74, der Buchwert des Gebäudes TEUR 1.635.

Die Anzeige gemäß § 54 Abs. 2a VAG über die im Berichtsjahr erworbenen Grundstücke an die Aufsichtsbehörde ist erfolgt.

b) Sonstige Kapitalanlagen

Die Gliederung erfolgt nach den Vorschriften des VAG. Die Schuldscheindarlehen sind mit dem Nennwert bilanziert. Die Aktien, Wertpapierspezialfonds, Inhaber- und Namensschuldverschreibungen sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB angesetzt.

Im Berichtsjahr waren wegen gesunkener Kurswerte Abschreibungen in Höhe von TEUR 41.678 (Vj. TEUR 48.632) vorzunehmen.

Bei der Anlage des gebundenen Vermögens wurden die Vorschriften des § 54a Abs. 2 VAG hinsichtlich der Anlageformen beachtet.

2. Forderungen

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr.

Auf Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer waren wegen der bei der Prüfung der Beitragsveranlagung festgestellten Fehler und der Vorläufigkeit der Sollstellung für die Beiträge bis zur endgültigen Veranlagung sowie für sich im Amtshilfverfahren befindliche Forderungen und Forderungen aus Vorjahren Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 1.100 (Vj. TEUR 511) vorzunehmen.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer wurden näherungsweise ermittelt und stehen im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern.

Die auf Mietforderungen der Vorjahre gebildete Wertberichtigung in Höhe von TEUR 336 war im Berichtsjahr um TEUR 180 zu erhöhen, um einem eventuellen Ausfallrisiko Rechnung zu tragen.

3. Rechnungsabgrenzungsposten

Für beim Erwerb von Schuldscheindarlehen gezahlte Agiobeträge ist ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der planmäßig über die Laufzeit der Darlehen aufzulösen ist.

4. Überschussrückstellungen

Der Überschuss des Berichtsjahres von TEUR 26.863 war gemäß § 24 der Satzung der Überschussrückstellung zuzuführen.

5. Versicherungstechnische Rückstellungen

Da die Satzungsänderung vom 20. Juni 2002 am 18. Dezember 2002 von der Aufsichtsbehörde genehmigt wurde, waren die versicherungstechnischen Rückstellungen entsprechend dem versicherungsmathematischen Gutachten zum 31. Dezember 2001 zu bilanzieren, d.h. die im Vorjahr ausgewiesene Deckungslücke ist beseitigt.

6. Andere Rückstellungen

Im Wesentlichen sind in den sonstigen Rückstellungen die Kosten für den Jahresabschluss, Versicherungsmathematiker sowie Prozesskostenrisiko enthalten.

7. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2002

Verbindlichkeiten	Gesamt EUR	davon Restlaufzeiten			davon gesichert EUR
		unter 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR	
1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmer	757.176,77	757.176,77	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	1.623.748,78	1.623.748,78	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	999.253,00	26.908,03	112.135,20	860.209,77	999.253,00
Vorjahr	1.021.244,10	28.788,50	88.541,90	903.913,70	1.018.148,28
3. Sonstige Verbindlichkeiten	4.344.125,79	4.344.125,79	0,00	0,00	1.405.055,74
Vorjahr	5.066.347,26	5.066.347,26	0,00	0,00	1.456.934,70
	6.100.555,56	5.128.210,59	112.135,20	860.209,77	2.404.308,74
Vorjahr	7.711.340,14	6.718.884,54	88.541,90	903.913,70	2.475.082,98

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern wurden nur zum Teil näherungsweise ermittelt. Beitragsrückzahlungen werden erst erfolgen nachdem eine endgültige Bearbeitung und Erfassung zum Teil noch fehlender Sollstellungen erfolgt ist.

Das Bankdarlehen ist mit einer Grundschuld auf der erworbenen Immobilie Ernststraße besichert.

Das unter sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesene Darlehen ist mit einer Grundschuld auf der erworbenen Immobilie Katharinenstraße gesichert.

8. Verdiente/ gebuchte Beiträge

Die gebuchten Beiträge stellen nicht in voller Höhe nur Beiträge des Berichtsjahres dar. In 2002 wie auch in den Folgejahren werden ebenfalls Beiträge der Vorjahre wegen Korrektur von Sollstellungen, Überprüfung der Veranlagungen 1999 und 2000 sowie eventuelle Beitragsrückzahlungen zu erfassen sein.

9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb / für Kapitalanlagen

Nach unmittelbarer Zuordnung der direkten Sachkosten wurden die allgemeinen Verwaltungskosten des Versorgungswerkes im Verhältnis von 67,78 : 32,22 (Vj. 60,03 : 39,97) auf den Versicherungsbetrieb und die Vermögensverwaltung aufgeteilt. Basis für das Aufteilungsverhältnis bilden die Personalkosten der in der Vermögensverwaltung beschäftigten Mitarbeiter im Verhältnis zu den gesamten Personalkosten.

Berlin, im September 2003

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin

gez. Dr. Christian Bolstoff
(Präsident)

gez. Albert Essink
(Vorsitzender
Verwaltungsausschuss)

gez. Dr. Peter E. Gutsche
(Verwaltungsausschuss-Mitglied
für Finanzangelegenheiten)



L a g e b e r i c h t

des

Versorgungswerkes

der

Zahnärztekammer Berlin

zum

Jahresabschluß 2002

Inhaltsverzeichnis

- 1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde**
- 2. Der Vorstand**
- 3. Der Verwaltungsausschuß**
- 4. Personalbestand**
- 5. Mitgliederbewegung**
- 6. Vermögensanlagen**
- 7. Das Jahr 2002 im Überblick**
- 8. Ausblick**

1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB) ist die Pflichtversorgungseinrichtung der Zahnärzte in Berlin, Bremen und Brandenburg.

Rechtsgrundlage für die Gründung und den Betrieb des Versorgungswerkes ist das Berliner Kammergesetz zuletzt geändert am 05. Oktober 1999 und die hiernach erlassene Satzung.

Das Versorgungswerk wurde zum 01.10.1965 gegründet. Es gilt seit dem 01.12.1989 die Neufassung der Satzung vom 13.11.1989, zuletzt geändert zum 01.01.2003.

Die Mitglieder der Zahnärztekammer Bremen haben sich gemäß Beschluß der Delegiertenversammlung vom 22.04.1966 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin angeschlossen.

Als freiwillige Mitglieder sind die Angehörigen der Tierärztekammer Berlin entsprechend dem Beschluß der Delegiertenversammlung vom 29.10.1969 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin beigetreten.

Mit Beschluß der Delegiertenversammlung vom 24.10.1991 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde haben sich die Mitglieder der Landes Zahnärztekammer Brandenburg mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin zum 01.02.1992 angeschlossen.

Die Satzung des Versorgungswerkes Berlin findet auf die Bremer Mitglieder, die tierärztlichen Mitglieder und auf die Brandenburger Mitglieder entsprechende Anwendung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin steht unter der Aufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz sowie für die versicherungsmathematischen Grundlagen unter der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen.

2. Der Vorstand

Dem Vorstand der Zahnärztekammer Berlin gehörten im Berichtszeitraum an:

als Vorsitzender: Präsident Dr. Christian Bolstorff
 Vizepräsident Dr. Jürgen Gromball

als Beisitzer: Dr. Lewon Tunjan
 Dr. Arndt Gerstenberger
 Dr. Lore Gewehr
 Dr. Peter-Michael Troester
 Dr. Herbert Rukat

Der Vorstand der Zahnärztekammer Berlin nimmt gemäß § 4 der Satzung die Funktion des Aufsichtsorgans wahr. Er ist satzungsgemäß die Widerspruchsinstanz des Versorgungswerkes.

Des weiteren bestellt der Vorstand im Einvernehmen mit der Delegiertenversammlung und dem Verwaltungsausschuß den mathematischen Sachverständigen und den Finanzsachverständigen.

3. Der Verwaltungsausschuß

Dem Verwaltungsausschuß gehörten im Berichtszeitraum an:

als Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
als stellvertretender Vorsitzender:	Rolf Janowski, Berlin
als Beisitzer:	Dr. Peter E. Gutsche, Berlin
	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Dirk Weißlau, Brandenburg

Dem Verwaltungsausschuß sind die vom Vorstand bestellten Sachverständigen beigeordnet:

als Finanzsachverständiger	Bankdirektor a.D. Ulrich Dassel, Berlin,
als mathematischer Sachverständiger	Dipl.-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht, Düsseldorf

Der Verwaltungsausschuß bildet gemäß § 5 der Satzung die Geschäftsführung des Versorgungswerkes.

4. Personalbestand:

Die Verwaltung des Versorgungswerkes wird vom Direktor, Herrn Dipl.-Verwaltungswirt Ralf Wohltmann geleitet.

Die nachfolgende Gegenüberstellung stellt die Entwicklung des Personalbestandes zum 31.12.2002 dar:

Abteilung	Mitarbeiter per 31.12.1999	Mitarbeiter per 31.12.2000	Mitarbeiter per 31.12.2001	Mitarbeiter per 31.12.2002
Sekretariat	1	2	2	2
EDV/Informatik	1	1	1	1
Versicherungsmathematik	-	1,5	1	1,5
Mitgliederverwaltung	4	3	4	4
Finanzbuchhaltung	4	3	3	3
Immobilienverwaltung	7	4,5	4	4
Allgemeine Bearbeitung	-	-	-	2
Gesamt	17	15	15	17

Aufgrund der zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen wurde die Organisationsstruktur aktualisiert. Zur weiteren Professionalisierung der Verwaltung werden die Abteilungen zukünftig durch Abteilungsleiterinnen geführt. Durch Neueinstellungen konnten für die Mitglieder- und Immobilienverwaltung zum 01.07.2003 qualifizierte und erfahrene Kräfte gewonnen werden. Die bisherige Hauptsachbearbeiterin führt die Finanzbuchhaltung ebenfalls als Abteilungsleiterin. Die Abteilungsleitung hat erweiterte Befugnisse in der Personalführung und insbesondere interne Controllingaufgaben.

Die neue Rubrik „Allgemeine Bearbeitung“ enthält zwei Mitarbeiterinnen, von denen je eine durch Umorganisation aus dem Haus und durch Neueinstellung gewonnen wurde. Die Bearbeiterinnen arbeiten abteilungsübergreifend unterstützend zur Erledigung allgemeiner Aufgaben und wiederkehrender systematischer Vorgänge.

Die Immobilienverwaltung des VZB wird im Bereich der technischen Immobilienbetreuung teilweise durch ein externes Architekturbüro unterstützt. Zusätzlich werden für die Betreuung der Immobilien Hausmeister eingesetzt. Auch hier vollzieht sich ein Strukturwandel. Statt ausschließlich geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse werden einzelne Vollzeitbeschäftigungen entstehen, die auch verschiedene Handwerksarbeiten flexibel und kostengünstig mit abdecken werden.

Neben den vorgenannten dauerhaften Personalstellen wurden im Berichtszeitraum noch 6 zusätzliche kaufmännische Kräfte auf Zeit zur Unterstützung der Sachbearbeiter bei der Aufbereitung fehlender oder mangelhafter Datenbestände beschäftigt. Der vorhandene

Datenbestand wird wie bereits in den Vorjahren überprüft und Fehler anhand von vorbereiteten Prüfbögen erfaßt und aufgearbeitet. Entsprechend der Planung wird die Aktenprüfung im Kalenderjahr 2003 weitgehend abgeschlossen, so daß die Verträge der Zeitarbeitskräfte bis auf einen Mitarbeiter zum Jahresende 2003 auslaufen.

5. Mitgliederbewegung

Der Mitgliederbestand entwickelte sich bis zum 31.12.2002 wie folgt:

	01.01.2002	Zugang	Abgang	31.12.2002
Zahnärzte Berlin	3511	145	121	3535
Zahnärzte Bremen	458	24	21	461
Zahnärzte Brandenburg	1374	47	22	1399
Tierärzte Berlin	362	0	4	358
Ausgeschieden mit Anwartschaft	151	11	5	157
Aktive Mitglieder gesamt	5856	227	173	5910
Altersrenten	342	56	11	387
BU-Renten	111	6	13	104
Witwen-/Witwerrenten	154	7	7	154
Waisenrenten	62	10	5	67
Rentenempfänger gesamt	669	79	36	712
Gesamt	6525	306	209	6622

Die Zahl der Gesamtmitglieder ist gegenüber dem Vorjahr um 97, die Zahl der Rentner um 43 gestiegen.

Berlin bildet seit langem über den eigenen Bedarf hinaus Zahnärzte aus. Zusammen mit der verschärften Zulassungsordnung führte es dazu, daß 40 Mitgliedszugängen mit Beitragsüberleitung aus einem anderen Versorgungswerk 86 Mitgliedsabgänge mit Beitragsüberleitung in ein anderes Bundesland gegenüberstanden

Mit Einführung der neuen Software in der Mitgliederverwaltung wurde erstmals der Gesamtbestand der Mitglieder in einem System erfaßt. Hiermit verbunden ist die Prüfung der Daten der Mitglieder auf Konsistenz in Bezug auf die Unterlagen in den Mitgliedsakten.

Bis zur Erstellung des Jahresabschlusses waren rd. 90 % der Mitgliedsakten geprüft, wenngleich die abschließende Umsetzung durch die Mathematikerinnen teilweise noch andauert, da auch der laufende Betrieb sicherzustellen ist. Die weitere Aktenprüfung wird voraussichtlich noch bis zum Jahresende 2003 andauern und zu einem langfristig sicheren Datenbestand führen.

6. Vermögensanlagen

Wie bereits im letzten Jahr berichtet, traf die Entwicklung am Aktienmarkt auch die Vermögensanlagen des Versorgungswerkes. Da der rasante weitere Verfall des Aktienmarktes in 2002 für kaum jemanden in diesem Umfang vorhersehbar war, konnten weitere Abschreibungen nicht vermieden werden. Trotz und auch wegen der in Kauf genommenen Abschreibungen in diesem Bereich, wurde entschieden, die Fondsinvestitionen im Aktienbereich auch weiterhin nicht mit Verlust zu veräußern und die Buchverluste zu realisieren, sondern im Rahmen der langfristigen Ziele beizubehalten und die Markterholung abzuwarten. Diese

Vorgehensweise unterstützt den Ansatz der langfristigen Optimierung und Wertsicherung des Vermögens.

Bis zur Erstellung des Jahresabschlusses ist eine Kurserholung gegenüber dem Jahrestiefststand im Frühjahr 2003 zu verzeichnen. Im Zusammenhang mit den fundamentalen Marktdaten unter vorsichtiger Einschätzung der Situation läßt das eine positive Marktentwicklung für das Kalenderjahr 2003 erwarten.

Für die Aufstellung der Bilanz per 31.Dezember 2002 wurde seitens des Verwaltungsausschusses und mit Zustimmung des Vorstandes der Zahnärztekammer Berlin beschlossen, vom Bilanzierungswahlrecht des § 341b HGB erneut keinen Gebrauch zu machen und somit wie bisher die Kapitalanlagen weiter nach dem strengen Niederstwertprinzip zu bewerten. Die im Berichtsjahr entstandenen Abschreibungen sind in der Bilanz ausgewiesen und führen zu einer negativen Rendite des Gesamtkapitals. Das Vermögen war im Berichtszeitraum unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung mit einer Bruttoverzinsung von 5,39 %, bzw. einer Effektivverzinsung von –3,28 % angelegt.

Mit den zur Verfügung stehenden liquiden Mitteln wurden fast ausschließlich festverzinsliche Wertpapiere (Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe) erworben sowie Zuführungen zu den Rentenfonds vorgenommen.

Der Immobilienbestand

Im Berichtsjahr wurden folgende Immobilien erworben bzw. veräußert:

Erwerbungen:

Jänickestr. 53, 14167 Berlin

Bei diesem Objekt, Baujahr 1998, handelt es sich um eine zweigeschossige Stadtvilla mit 6 Wohnungen. Das Objekt wurde im Wege der Zwangsversteigerung erheblich unter dem festgesetzten Verkehrswert erworben

Veräußerungen

Im Berichtszeitraum wurden keine Objekte veräußert.

Nach weitgehender Abarbeitung des vorläufigen Sanierungsplanes wurde inzwischen ein Investitionsplan zur kurz-, mittel- und langfristigen Instandhaltung der Immobilien erarbeitet, welcher seit dem 01.01.2003 Anwendung findet.

7. Das Jahr 2002 im Überblick:

Der von der Delegiertenversammlung gewählte Satzungsausschuß, dem neben den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses Herr Winnetou Kampmann, Mitglied der Delegiertenversammlung der ZÄK Berlin, angehörte, arbeitete im Berichtszeitraum weiter an einer völligen Neuentwicklung der Satzung des Versorgungswerkes. Die Delegiertenversammlung hat in ihrer Sitzung am 20.06.2002 dem Satzungsausschuß den Auftrag erteilt, sich beim Gesetzgeber nachhaltig für die Gründung einer eigenen Körperschaft „Versorgungswerk“ einzusetzen und das jetzige Versorgungswerk in diese neue Körperschaft zu überführen.

Einer der wesentlichen Gründe für diesen Beschluß liegt in der mangelnden Mitwirkungsmöglichkeit der Mitglieder aus Brandenburg und Bremen in den Organen des Versorgungswerkes. Die in diesem Zusammenhang beim Bundesverfassungsgericht anhängige Beschwerde ist zwischenzeitlich aus formalen Gründen zurückgewiesen worden. Dennoch ergibt sich aus dem Begründungstext der oben dargestellte Handlungsbedarf.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses befinden sich die Gremien in konstruktivem Dialog zum Für und Wider verschiedener Lösungen mit der zuständigen Aufsicht beim Senat von Berlin.

Die Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin hat aufgrund der Ergebnisse des Jahresabschlusses in Verbindung mit dem versicherungsmathematischen Gutachten am 20.06.2002 eine Satzungsänderung beschlossen, die zum 01.01.2003 in Kraft getreten ist und mittels Senkung der Anwartschaften um 16 % mit entsprechenden Übergangsregelungen das Vermögen des Versorgungswerkes in Einklang mit dem Deckungsstock bringt. Laufende Renten werden nicht gekürzt. Bei diesen wird die Dynamik für drei Jahre voll und anschließend zu 50 % ausgesetzt, bis der voll gekürzte und anschließend voll dynamisierte Betrag den laufenden Zahlbetrag übersteigt. Diese Satzungsänderung wurde zum 01.01.2003 von der zuständigen Senatsaufsicht genehmigt und entsprechend veröffentlicht.

Das im Frühjahr 1999 vom Vorstand der ZÄK Berlin angestoßene Ermittlungsverfahren über Unregelmäßigkeiten der Geschäftsführung ist bei der Kriminalpolizei inzwischen abgeschlossen. Die ermittelten Unterlagen wurden der Staatsanwaltschaft übergeben und werden dort geprüft.

Die vorstehenden Ausführungen machen deutlich, daß das Versorgungswerk die in den Vorjahren erkannten Probleme konsequent angegangen ist, Lösungen erarbeitet hat und diese zügig umsetzt.

8. Ausblick

Aufgrund der beschlossenen dreijährigen Aussetzung der Dynamisierung für Renten, die am 01.01.2003 bereits eingewiesen waren, haben Verwaltungsausschuß und Vorstand der Zahnärztekammer Berlin beschlossen, gemäß § 24 Abs. 3 der Satzung für die Jahre 2002 bis 2004 wiederum nur ein versicherungsmathematisches Gutachten erstellen zu lassen und über die Mittelverwendung der Überschüsse für diese drei Jahre insgesamt zu entscheiden. Damit wird dem Beschluß der Delegiertenversammlung Rechnung getragen und vor dem 31.12.2005 eine Ausschüttung der erwirtschafteten Überschüsse an die aktiven Mitglieder vorgenommen. Es bleibt aber auch festzuhalten, daß das Versorgungswerk unter Berücksichtigung der Langfristigkeit der Kapitalanlagen die aktuellen Marktschwankungen so besser kompensieren kann.

Sobald das von der Delegiertenversammlung beschlossene Ziel der Verselbständigung des Versorgungswerkes vor dem 31. Dezember 2004 erreicht wird, ist selbstverständlich ein abschließendes versicherungsmathematisches Gutachten zu diesem Zeitpunkt zu erstellen.

Hinsichtlich der Kapitalanlagen ist es Ziel, den Immobilienbestand weiterhin in einer Größe von 20 % des Vermögens zu halten. Mit einem in Spezialfonds verwalteten Aktienbestand von 16 % bis 20 % des Gesamtvermögens wird dem Umstand Rechnung getragen, daß die Kapitalmärkte einen rasanten Abwärtstrend zu verbuchen hatten und auf aktuellem Niveau und unter Berücksichtigung der fundamentalen Markttechnikdaten eine Partizipation des Vermögens des Versorgungswerkes an insgesamt steigenden Märkten erfolgen soll. Aus Risikoerwägungen werden im Direktbestand weder Aktien, nachrangige Wertpapiere noch Corporates (Industrieanleihen) erworben.

Die weiteren liquiden Mittel werden im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere und in Rentenspezialfonds angelegt. Hinsichtlich der Investitionen im Direktbestand wird und werden fast ausschließlich Namenspapiere erworben, die entweder durch die Einlagensicherungsfonds oder im Bereich der Pfandbriefe durch Grundpfandrechte gesichert sind. Der nachhaltig unter den Rechnungszins gesunkene Zinssatz bei festverzinslichen Wertpapieren mit einem Laufzeitspektrum von über 10 Jahren stellt ein Problem dar. Soweit die höher rentierlichen Anleihen im Bestand auslaufen und zwischenzeitlich keine Erholung der Zinssätze zu verzeichnen ist, werden Probleme bei der Erreichung des Rechnungszinses von 4 % auftreten, die aus der gesetzlich vorgeschriebenen Kapitalanlagestruktur heraus nicht zu lösen sind. Für das Jahr 2003 sind diese Probleme jedoch noch nicht relevant.


Mit Einsatz der neuen Abteilungsleiter wird an dem begonnenen Controllingkonzept weitergearbeitet und dies abschließend umgesetzt. Der bestehende Geschäftsverteilungsplan wurde an die verfeinerte Struktur angepaßt .

Zu guter Letzt sei noch erwähnt, daß das Versorgungswerk akute räumliche Probleme hat und seinen Mitarbeitern teilweise keine adäquaten Arbeitsplätze zur Verfügung stellen kann. Aufgrund dieses dringenden Raumbedarfes prüfen die Gremien des Hauses räumliche Alternativlösungen .

Berlin, 30.05.2003



Dr. Christian Bolstorff
Präsident



Albert Essink
Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses